Nr. 204 — Jahrgang 19 Einzelnummer 0,10 Zł. Donnerstag, den 28. Dezember 1933

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zł. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zł. Anzeigen unter Text 0,60 Zł., von ausserhalb 0,80 Zł. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Dworcowa 11

Abonnement: Monatlich 1,50 Złoty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Dworcowa 11, durch die Filiale Król. Huta, 3-go Maja 6, sowie durch die Kolporteure.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

217 Tote und 300 Verletzte!

Furchtbares Eisenbahnunglück bei Paris. Mit 100 km Geschwindigkeit in einen Express Zahlreiche Tote nicht identifizierbar. Grosse Erregung in ganz Frankreich

Ein grauenhaftes Unglück, wie es die Welt bei Eisenbahnkatastrophen noch nicht erlebt hat, ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in der Nähe von Paris. Der, von Paris nach Strassburg fahrende Zug stiess mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern in den, auf offener Strecke stehenden, Schnellzug Paris—Nancy, der einen Lokomotivdefekt hatte. Infolge des herrschenden Nebels wurden die Not-Signale übersehen. Der Schnellzug Paris—Nancy führte Holzwagen mit, während der Express Paris—Strassburg überwiegend mit Metallwagen ausgestattet war. Die Wucht des Anpralls war so gross, dass die Passagiere der letzten Wagen glaubten, dass ein Erdbeben sie überraschte. Unter den Trümmern befinden sich zahlreiche Tote und Verletzte, urspünglich hiess es, dass es nur über 100 Tote wären, bis im Laufe des Sonntags und Montags die Zahl auf 217 stieg, während die Verletztenziffer 300 übersteigt, etwa 50 Tote können nicht identiffiziert werden.

Ganz Frankreich befindet sich in furchtbarer Aufregung, die Ursachen der Katastrophe sind noch nicht einwandfrei festgestellt, eine Untersuchungskommission begab sich sofort nach der Unglücksstätte, auch Ministerpräsident Chautemps mit einigen Kammermitgliedern eilten sofort mit Automobilen nach der Katastrophenstelle. Im Laufe des Montags konnten die Räumungsarbeiten durchgeführt werden, die Verletzten sind in Spitälern in Lagny untergebracht, einige Verletzte befinden sich noch immer in Todesgefahr.

*

Wie aus Paris weiter berichtet wird, befinden sich unter den Toten auch einige Ausländer. Das Begräbnis der Opfer soll am Mittwoch nachmittags vor sich gehen. Unter den Toten befinden sich auch der Abgeordnete von Verdun, Bürgermeister Schleiter, ferner der Abgeordnete der Radikalen Rolin aus Haute-Marne und der ehemalige Staatssekretär für die befreiten Gebiete, Morel. Der französischen Regierung sind im Laufe des Sonntags und Montags zahlreiche Beileidskundgebungen zugegangen, Paris und einige Grosstädte befinden sich in völliger Trauer. Am Pariser Bahnhof spielten sich furchtbare Szenen ab, da Verwandte und Freunde zahlreich erschienen sind, um über das Verbleiben ihrer Angehörigen nachzuforschen.

Todesurteil gegen van der Lubbe

Freispruch für Torgler, Dimitroff, Taneff und Popoff. — Die Freigesprochenen in Schutzhaft genommen

Unter ausserordentlichem Andrang der Bevölkerung und der Auslandspresse, ist am Sonnabend die Urteilsverkündung im Reichstagsbrandprozess erfolgt. Kurz nach 9 Uhr eröffnet Senatspräsident Dr. Bünger die Verhandlungen, nachdem die Angeklagten in den Gerichtssaal geführt werden und fordert sie auf, sich von den Plätzen zu erheben. „Im Namen des Reichs, erklärt der Präsident, verkünde ich folgendes Urteil:

Die Angeklagten Torgler, Dimitroff, Popoff und Taneff werden freigesprochen. Der Angeklagte van der Lubbe wird wegen Hochverrats in Tateinheit mit aufrührerischer Brandstiftung u. versuchter Brandstiftung zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Verurteilung erfolgt ist, den Verurteilten, im übrigen der Reichskasse, zur Last.

In der Urteilsbegründung hebt der Vorsitzende besonders hervor, dass sich der Gerichtssenat nur von den gegebenen Tatsachen habe leiten lassen, ohne auf die gefühlsmässige Einstellung oder gar auf die äusseren Einflüsse Rücksicht zu nehmen. Die Dauer des Verfahrens war abhängig von den Versuchen gewisserlosen Unterstellungen tendenziöser Schmähschriften, die nachgeprüft werden mussten, um die ungeheuerlichen Verdächtigungen führender Männer abzuweisen. Die Wiederlegung der Behauptungen des Braunbuches seien gelungen, es sei erwiesen, dass die kommunistischen Einflüsse auf van der Lubbe grundlegend für seine Tat waren. Die Bestrebungen der Kommunisten, einen bewaffneten Aufstand herbeizuführen, müssen als erwiesen betrachtet werden, und es stehe auch fest, dass van der Lubbe Mittäter hatte, denn es sei unmöglich, dass van der Lubbe neben der Herbeischaffung des Brandmaterials auch noch an den verschiedensten Stellen den Brand allein hat anlegen können.

Die Anklage gegen Torgler ist erschüttert, da der Nachweis nicht erbracht wurde, dass Torgler am Brandtage mit van der Lubbe im Reichstag gesehen wurde. Die Wiedererkennung van der Lubbes durch die Nationalsozialisten, Abgeordneten Karwahne, Frey und Kroyer, könne ein Irrtum sein, der zu einer Verurteilung nicht genüge, und solche Fehler können eben Zeugen unterlaufen. Ueber die Bulgaren heisst es, dass sie hinreichend verdächtig erschienen und wenn ihre deutsche Mission auch sehr zweifelhaft sei, so reiche das vorliegende Material nicth aus, um den Schuldbeweis zu erbringen, dass sie irgendwie am Reichstagsbrand beteiligt waren.

Am Völkerbund darf nichts geändert werden

Das Endziel der bisherigen diplomatischen Verhandlungen. — Uebereinstimmung England-Frankreich.

Zu den Besprechungen des britischen Aussenministers, Sir John Simon, mit den französischen Staatsmännern, teilt der Reuterberichterstatter in Paris mit, das ihr wesentliches Ergebnis die Feststellung war, dass Grossbritanien und Frankreich absolut der gleichen Meinung seien, insoweit es sich um die Notwendigkeit handelt, den Völkerbund zu erhalten. Sir Simon hat zu zwei Punkten der französischen Politik seine Zustimmung gegeben, und zwar:

An den Hauptprinzipien des Völkerbundes dürfe nichts geändert werden. Der Völkerbund ist das Endziel, auf das die gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen hinausgehen müssten.

Bemerkenswert ist, so fährt der Reuterkorrespondent weiter fort, der entscheidende Widerstand, gegenüber dem italienischen Gedanken, einer durchgreifenden Reform des Völkerbundes.

Wichtig ist die Anerkennung der Tatsache, dass durch direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland nichts Definitives gemacht werden könne, da sowohl die Abrüstung, als auch die Frage des Saargebiets, alle Mitglieder des Völkerbundes gemeinsam betreffe. Ministerpräsident Chautemps und Aussenminister Paul Boncour legten dem britischen Aussenminister dar, dass es nach ihrer Ansicht zu irgend einer Aufrüstung nicht kommen dürfe und dass man einer Abrüstung ohne Gewährung von Garantien nicht beitreten könnte.

Deutsch-französischer Wirtchaftskrieg?

In Berlin will man wissen, dass alle Anzeichen dazu führen, dass die Unterbrechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu einem **Wirtschaftskrieg** führen dürften. Die Berliner Presse versucht schon jetzt, alle Schuld auf Frankreich abzuwälzen.

Und doch ein Fehlurteil

Noch bevor das offizielle Urteil am Sonnabend gesprochen wurde, haben englische Blätter zu berichten gewusst, dass die Angeklagten im Reichstagsbrandprozess, mit Ausnahme van der Lubbes, freigesprochen werden. Zwar hat man diese Meldung bestritten, dass das Urteil vorher dem Reichskanzler und Göring vorgelegt worden sei, doch widerspricht dies den Tatsachen, denn um Torglers Kopf ist gehandelt worden, bis schliesslich die Reichsrichter doch mit ihrem Urteil Gnade fanden. Wie immer man jetzt in Deutschland das Urteil selbst bewerten mag, es ist ja von Hitler und Göring bereits vor Beginn der Gerichtsverhandlungen gefällt worden, indem Hitler dies bei der Reichstagseröffnung, seiner ersten Reichstagsrede gefordert hat, dass die Brandstifter an den Galgen gehören und Ministerpräsident Göring hat als Zeuge diese Forderung bestätigt, dass alle an den Galgen gehören. Im Gerichtsverfahren selbst hat sich nur van der Lubbe als schuldig bekannt, während das Gericht selbst und die Sachverständigen zu dem Ergebnis kamen, dass er Mittäter haben musste, die allerdings die „ehrenwerten" Richter nicht ermitteln konnten, weil sie in den Kreis der Hitler- und Göring-Banden gehören. Solange das Gericht die Mittäter van der Lubbes nicht ausfindig macht, muss sich die deutsche Justiz den Vorwurf gefallen lassen, dass sie nur ein Urteil um des Reichstagsbrandes willen selbst gefällt hat, aber dass es den deutschen Behörden, einschliesslich der Göringschen Tscheka, nicht gelungen ist, die wahren Urheber des Reichstagsbrandes und die Täter zu ermitteln. Dass man meineidische Minister herumlaufen lässt, aber einen van der Lubbe dem Tode überantwortet.

Selbst, wenn sich van der Lubbe als schuldig bekannt hat, so ist man allgemein der Ansicht, dass er als Täter kaum in Frage kommt, wenigstens als alleiniger Brandstifter nicht. Und das gegen van der Lubbe gefällte Urteil bleibt ein Fehlspruch des Reichsgerichts, denn er wird zum Tode verurteilt, wegen Brandstiftung, und doch sieht das deutsche Recht für Brandstiftung bis zum 27. Februar keine Todesstrafe vor, man hat erst dieses Strafmass für Brandstiftung durch ein Sondergesetz erlassen, aber die Tat van der Lubbes fällt nicht unter dieses Gesetz. Wird oder sollte van der Lubbe doch noch gehängt oder geköpft werden, so ist es trotz aller juristischen Rabulistik doch ein Justizmord, den man sich in Berlin überlegen wird, da van der Lubbe Holländer ist. Es sei dahingestellt, ob sich die Niederlande um diesen „ehrenwerten" Mitbürger bemühen werden, wenn ein offensichtlicher Justizmord zustande kommen soll. Für das ganze Ausland und Millionen Deutscher, die noch nicht dem Hitlerwahnsinn verfallen sind, wird das Urteil gegen van der Lubbe als ein Fehlspruch gelten, gefällt von einer prostituierenden Rechtssprechung, von Reichsrichtern, die diesem deutschen Geist der „nationalsozialistischen Revolution" durchaus würdig sind. Sie haben sich nie darüber Skrupel gemacht, von der Republik bezahlt zu werden und Republikaner zu verurteilen, sie dienen dem System Hitler mit der gleichen „Treue" und „Rechtschaffenhaft", wie sie jedem System dienen werden, das sie bezahlt und werden immer getreue Diener der deutschen Justiz sein, die ihr wahres Gesicht durch den Reichstagsbrandprozess und sein Urteil offenbart hat.

Am besten kommen die Bulgaren aus, deren Unschuld feststand, sie werden voraussichtlich nach Sowjetrussland abgeschoben, weil sie ja vor ihrer Ausreise aus Russland dort die Staatsbürgerschaft erworben haben. Und wenn man mit ihnen glimpflich verfährt, so doch nur, weil man in Berlin weiss, dass die Russen so manchen deutschen Ingenieur sich zu Gericht als Geisel holen können, wenn etwa den Bulgaren etwas passieren sollte. Besonders Dimitroff, der ja zur Hauptfigur der dritten Inter-

nationale in diesem Prozess geworden ist. Gewiss, die Banden Görings sind zu allem fähig, darüber gibt es keinen Streit, und als Zeuge vor Gericht hat ja der Tschekaführer Göring ausdrücklich unter der Adresse Dimitroffs angedroht, dass dieser an den Galgen gehört, wenn er erst einmal die Schranken des Gerichts verlässt. Nun braucht man diesen Morphinisten in solchen Fragen nicht ernst zu nehmen, denn er wird ja von allen Seiten gebändigt, und es liegt seinem „Freunde" Hitler besonders daran, dass im Augenblick keine sogenannten Dummheiten passieren, die Deutschland in der Auslandsmeinung schaden könnten, gerade jetzt, wo die Entscheidung in den diplomatischen Küchen ausgetragen werden soll.

Torgler, von dem man erwartet hat, dass er eigentlich als deutscher Revolutionär die Rolle des Anklägers abgeben werde, ist trotz des Todesantrages des Reichsanwalts, freigesprochen. Es ist ein Freispruch, der ihn nur fester in den Kerkermauern umschliesst. Er wird unter dem Hitlerregime nicht die Freiheit atmen, auch wenn man ihn vielleicht freilässt, denn schon sind neue Hochverratsprozesse gegen die Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands in Vorbereitung, die nächste Klage lautet „Thälmann und Genossen" und Torgler ist mit von der Partie. Von der Todesstrafe zum lebenslänglichem Zuchthaus, das ist der Weg Torglers. Aber auch das Reichsgericht muste ihm seine Lauterkeit bezeugen, musste feststellen, dass er an dem Reichstagsbrand nicht beteiligt sein kann, wenn auch eine Serie von Zuchthäuslern, Renegaten der KPD und Sittlichkeitsverbrecher, seine Schuld nachzuweisen versuchten.

Finale in Leipzig! Ein Riesenprozess ist damit abgeschlossen, dass ein politischer Narr, den man noch während des Prozessverlaufs durch chemische Injektionen zur vollkommenen Verblödung führte, zum Tode verurteilt wurde. Man hatte die Täter nach Hitlers und Görings Angaben sicher, aber die Schuldigen konnte das Reichsgericht nicht feststellen. Der Prozess ist, wie hier schon einmal dargelegt wurde, eine einzige Blamage für das Dritte Reich, dessen Träger die Hitler und Göring sind! Und trotz aller Staffierung ein Fehlurteil dazu! Diese Blamage ist der „nationalsozialistischen Revolution" zu gönnen, Hitler und seine Gefolgschaft, samt dem Reichspräsidenten Hindenburg, haben vor aller Welt eine nicht wiedergutzumachende Niederlage erlitten. Dahin führt der Aufbruch der Nation!

Ein Ministerium für Nationalwirtschaft?

Weitgehende Reorganisation in den Ministerien. — Zusammenfassung aller Staatsbetriebe.

Wie in Warschauer massgebenden Kreisen verlautet, steht eine weitgehende Reorganisation der Ressorts in den einzeln. Ministerien bevor. Der Name des Ministeriums für Landwirtschaft und Bodenreform soll in „Ministerium für Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Produktenhandel" umgeändert werden. Das Departament für Handelsverträge wird dem Aussenministerium unterstellt. Das Departament für Zollfragen, das bisher dem Finanzministerium unterstellt war, soll dem Handelsministerium angegliedert werden. Letztere Aenderung wird damit begründet, dass die Zollpolitik mehr nach der Seite der Aktivität der Handelsbilanz betrieben werden soll, als nach fiskalischen Grundsätzen. Man spricht auch von der Schaffung eines Ministeriums für Nationalwirtschaft als übergeordneten Faktor über sämtliche Staatsbetriebe, dem auch die Getreidepreispolitik untersteellt werden soll.

Paul Löbe frei?

Auslandsblätter wissen aus Berlin zu berichten, dass der langjährige Reichstagspräsident Paul Löbe dieser Tage aus dem neueingerichteten Schöneberger Gefängnis entlassen worden sei. Bereits vor einiger Zeit wurde das Gerücht verbreitet, dass Genosse Löbe aus der Schutzhaft entlassen sei, ohne dass diese Nachricht amtlich bestätigt wurde oder die nächsten Familienangehörigen etwas von seinem Verbleiben erfahren konnten. Man wird abwarten müssen, was an dieser letzten Meldung Wahrheit ist.

Es geht „aufwärts"!

Eingehen der „Königsberger Hartungschen Zeitung".

Eine der ältesten Zeitungen des deutschen Ostens, die **„Königsberger Hartungsche Zeitung"**, vor ihrer Gleichschaltung das demokratische Hauptorgan Ostpreussens, teilt ihren Lesern mit, dass sie bis auf weiteres mit dem 1. Januar 1934 ihr Erscheinen einstellt. Soweit hat es das „Dritte Reich" gebracht, dass angesehene Blätter von Weltruf eingehen, sobald sie kreaturenhaft sich den neuen Verhältnissen anpassen. Die Leserflucht erfolgt, das Zeitungssterben geht weiter. Das ist der Aufbruch der Nation, der alles niederreisst. Aber warum soll es in Königsberg anders sein, wenn selbst Göbbels „Angriff", infolge geistiger Verblödung, immer mehr und mehr an Lesern verliert.

Streik ist Hochverrat!

In der Denkschrift des preussischen Justizministeriums zur Strafrechtsreform wird der Vorschlag gemacht, Aussperrung, Stillegung und Streiks bei lebenswichtigen Betrieben als Hochverratsdelikt unter Strafe zu stellen. Im letzten Heft der „Deutschen Justiz", dem amtlichen Organ des Reichsjustizministers, wird eine solche Strafbestimmung für nicht weitgehend genug erklärt. Es komme nicht auf das Objekt des Streiks oder der Aussperrung, den Betrieb an, sondern auf die Gesinnung, die sich in solchen Fällen immer gegen die Staatsgewalt und die Volkswirtschaft wendet. Für Streiks und Aussperrungen sei daher heute überhaupt kein Raum mehr. Jeder Streik und jede Aussperrung, sowie jede passive Resistenz, auch Aufforderung und Anreizung, sollen als Hochverrat bestraft werden. Todesstrafe für die „Anreizung" zum Streik — gibt es etwas, was dem Charakter des „Dritten Reiches" ähnlicher wäre?

Mordanklage gegen O'Duffy

Aus Dublin wird berichtet, dass der bekannte Führer der Blauhemden, General O'Duffy, plötzlich den Befehl erhielt, sich am 2. Januar 1934 vor dem Militärgericht zu stellen, um sich wegen der Anstiftung zum Mord an de Valera zu verantworten. Die Anklage wird mit der Rede begründet, die O'Duffy kürzlich auf seinem Vortragstournee gehalten hatte.

Sozialistenhetze in Chile

Die chilenische Regierung hat die Verhaftung des bekannten Sozialistenführers des Fliegerobersten Marmaduke Grove und des Herausgebers der sozialistischen Zeitung „La Opinion", Mery, angeordnet. Die Verhaftung erfolgte, nachdem das sozialistische Blatt die Regierung wegen verschiedener Korruptionsaffairen angegriffen hat. Statt nun zuzugeben, dass die Regierung mit Schiebern gemeinsame Sache mache, werden die Sozialisten verfolgt und ihre Zeitung verboten. Oberst Grove war der Anführer des Aufstandes von 1932, und es ist nicht ausgeschlossen, dass die chilenischen Machthaber heute an ihm ihr Mütchen werden kühlen wollen.

Russland zum Leipziger Prozess

Polizisten, Diebe, Irrsinnige, Göbbels-Göring

Die „Prawda" schreibt in ihrem Artikel „Skandalöses Finale der Leipziger Gerichtsverhandlung":

„...Unter den Anklagezeugen marschieren auf: 20 Schutzleute des Aussendienstes der Kriminalpolizei, Polizeikommissare und Inspektoren, 6 Lockspitzel, 2 Spitzel, 2 Diebe, 8 Staatsbeamte, darunter der Verwalter des Präsidentenpalais, 3 Nazi-Abgeorgnete, 7 Nazi-Funktionäre, ein Irrsinniger sowie Göring und Göbbels. Auf den Aussagen dieser „Zeugen" ruht das ganze Lügengebäude des Staatsanwalts.

Werner hält das Braunbuch für „widerlegt". Wovon, von wem? Der Staatsanwalt gibt keine Antwort, überhaupt zieht er es vor, keine Beweise zu bringen. Was konnten die Staatsanwälte, diese Verteidiger der wahren Brandstifter, machen, nachdem die Nazi-Richter im Verlauf dreier Monate es nicht vermochten, ihre Brotgeber auch nur um ein Jota reinzuwaschen..."

Die „Prawda" schreibt weiter: Eines der Hauptargumente der Anklage sei, dass die Kuriere, die die Direktion der Zentrale für den Aufstand überbringen sollten, abgefangen wurden. „Jedoch sonderbar." fährt das Blatt fort, „wenn Kuriers abgefangen wurden, wer sind sie, wann und wo wurden sie abgefangen? Welche Direktiven wurden bei ihnen gefunden? Wo sind sie jetzt? Warum führt Werner sie nicht an. Wieso ist es möglich, dass diese wichtigen Dokumente in den Akten fehlen, Wo sind diese Kuriere, warum werden sie nicht vor Gericht verhört?"

Hitlers Rache am Zentrum

Die Strafkammer in Bochum verurteilte der früheren preussischen Minister Hirtsiefer, der dem Centrum angehört, wegen angeblicher einfacher Bestechung zu der höchstzulässigen Strafe von sechs Monaten. Ferner wurde ihm für die Dauer von drei Jahren das Recht abgesprochen, irgendwelche öffentlichen Aemter zu bekleiden. Auch wurden 9000 Reichsmark aus dieser Bestechungssache für den Staat als Verfallen erklärt.

Nochmals Horst-Wessel-Prozess

Nach einer offiziösen Meldung wird vor dem Berliner Landgericht ein neuer Prozess wegen der Ermordung Horst Wessels, des von der nationalsozialistischen Partei zu einer legendären Gestalt erhobenen Studenten, aufgenommen. In dem ersten Horst-Wessel-Prozess wurden Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt. Nun wurde der 26jährige Maler Sally Eppstein und der 31 Jahre alte Peter Stoll verhaftet, gegen die die Anklage wegen gemeinschaftlichen Totschlages erhoben werden soll. Nach den amtlichen Mitteilungen soll Frau Stoll ihrem Manne bei einem Streite zugerufen haben, er wolle es mit ihr wohl so machen, wie damals mit Horst Wessel. Dies wurde den Behörden durch Zeugen mitgeteilt, die auch Ermittlungen einleiteten. Stoll und Eppstein sollen beim Ueberfall auf Horst-Wessel die Aufgabe gehabt haben, den Tätern den Fluchtweg freizuhalten.

Krach in den Cortes!

Schwere Zwischenfälle kennzeichnen den Schluss der politischen Generaldebatte in den Cortes. Prieto (Sozialist) beschuldigte die Rechte, mit dem Gedanken eines Staatsstreiches zu spielen und erklärte, die Sozialisten würden dann eine Revolution entfesseln. Verschiedene Abgeordnete der Rechten und der Sozialisten gerieten heftig aneinander. Sodann wurde die Ruhe wieder hergestellt und während der Abstimmung verliessen die Monarchisten und die Traditionalisten den Saal.

DIE ZWANGSJACKE

JACK LONDON

35

Martinelli zuckte demütig die Achseln, aber sein Blick war alles eher als demütig.

„Mein erhabener Herr hat doch allerlei mit Frankreich zu tun", sagte er ruhig. „Die erwähnte Dame ist nicht für Euch bestimmt. Mein Herr hat andere Pläne..." Er befeuchtete sich die Lippen mit der Zungenspitze — „andere Pläne mit der Dame — und mit Euch."

Selbstverständlich wusste ich, dass die Dame, von der er sprach, die Herzogin Philippa, die Witwe des letzten Herzogs von Aquitanien war. Aber wenn sie auch Herzogin, Witwe und das mögliche war, so war Philippa doch vor allem Weib. Sie war jung, heiter, schön und, meiner Treu, wie für mich geschaffen.

„Was für Pläne sind es, die er hat?" fragte ich.

„Sie sind gross, sie sind umfassend, Graf Sainte-Maure — allzu umfassend, als dass ich sie zu ergründen, geschweige denn mit Euch oder einem anderen darüber zu reden wagte."

„Nun ja — ich weiss ja, dass grosse Dinge im Werden sind, und dass schleimige Schlangen im Boden unter uns arbeiten", sagte ich.

„Man sagte mir wohl, dass ihr eigensinnig und starrköpfig waret. Aber jetzt habe ich ausgerichtet, was mir befohlen war."

Martinelli erhob sich, um zu gehen — und ich erhob mich auch.

„Ich sagte gleich, das es keinen Zweck hätte", fuhr er fort, „aber wir wollten Euch doch eine letzte Möglichkeit geben, Eure Meinung zu ändern. Mein erhabener Herr richtet keinen ungehört."

„Schön — ich werde näher über die Sache nachdenken", sagte ich von oben herab — als ich den Pfaffen hinausbegleitete. Er blieb plötzlich stehen: „Jetzt ist es zu spät zum Denken. Ich kam, um einen Entschluss zu hören."

„Ich werde näher über die Sache nachdenken", wiederholte ich, fügte dann aber hinzu: „Wenn die Pläne der Dame nicht mit den meinen übereinstimmen, dann wird vielleicht geschehen, was Euer Herr wünscht. Vergiss nicht, Pfaff, dass dein Herr nicht der meine ist."

„Ihr kennt ihn nicht", sagte er feierlich.

„Ich wünsche ihn auch nicht zu kennen", antwortete ich.

Und ich lauschte den leichten Tritten des ränkevollen Pfaffen, der die knarrende Treppe hinabstieg.

Wenn ich alle Einzelheiten dessen beschreiben wollte, was ich im Laufe des halben Tags und der halben Nacht sah, die ich Graf Guillaume de Sainte-Maure war, so könnten zehn Bände wie der, an dem ich schreibe, es nicht fassen. Das meiste muss ich überspringen.

Als ich an diesem Tage durch die Strassen von Paris ritt, war es das Paris vor Jahrhunderten. Die engen Gassen waren schrecklich voll von Schmutz und Schlamm. Aber ich muss es überspringen, den Ritt von den Mauern, das Fest, das Hugh de Meung gab, das Trinkgelage, an dem ich jedoch nur wenig teilnahm. Nur von dem Ende meines Abenteuers will ich erzählen — das damit beginnt, wie ich mit Philippa selbst scherzte — Götter, wie schön sie war!

Wir lachten und scherzten hier, während rings um uns Lachen und Ausgelassenheit herrschte. Unter unserm Scherz jedoch lag der tiefe Ernst zwischen Mann und Frau, die beide die Schwelle der Liebe überschritten haben, aber einander noch nicht ganz sicher sind. Ich will sie nicht beschreiben. Sie war klein und schlank — nun, ich bin schon dabei, sie zu beschreiben. Kurz — für mich war sie die einzige Frau auf der Welt, und nur sehr wenig dachte ich daran, dass der lange Arm, der dem kleinen grauen Mann in Rom gehörte, sich über das halbe Europa strecken und mich von ihr trennen könnte.

„Ich wünsche mit Euch zu reden."

„Dann wartet, bis es mir passt, antwortete ich kurz.

„Ich warte nicht, bis es jemand passt", lautete seine ebenso kurze Antwort.

Das Blut kochte in meinen Adern, und ich erinnerte mich des Pfaffen Martinelli und des grauen Mannes in Rom. Es war klar. Es war überlegt. Fortini lächelte mich an, und in seinem Lächeln lag ein Abgrund von Unverschämtheit.

Gerade in diesem Augenblick hätte ich kalt und ruhig sein sollen. Aber — ich begann Blut zu sehen. Das war das Werk des Pfaffen. Dies war Fortini — in jeder Beziehung heruntergekommen und als der beste Fechter Italiens angesehen. Ja — heute war es Fortini. Wenn er abfiel, trat der nächste Degen morgen an und so weiter. Und glückte es doch nicht — ja, dann konnte ich eines dunklen Abends den Meuchelmördersdolch eines Banditen in den Rücken oder die Essenz eines Giftmischers in meinem Weg erwarten.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Wenn einer Pech hat...

Ein altes Sprichwort sagt, dass ein Unglück selten allein kommt, und ergänzend kann man sagen, dass wenn einer Pech hat, dann aber gründlich. Ist da einem Arbeitslosen aus Pschow der Vater auf deutscher Seite gestorben, und da er schon seit fünf Jahren auf Staatskosten „lebt", so freute er sich besonders über das Erbteil, dass ihm in Aussicht stand. Und siehe da, es blieben immerhin noch einige Kleidungsstücke für ihn übrig. Nur hat er die Rechnung ohne das Lukasiner Zollamt gemacht. Gewiss, es geht alles nach Recht und Ordnung, und deshalb durfte er das Erbe nicht etwa über die Grenze bringen, sondern sollte sich erst die „Einfuhrgenehmigung" aus Myslowitz beschaffen. Nun hat er zum dritten Male Pech, denn es fehlt im nicht nur das Reisegeld nach Myslowitz, sondern auch das Geld für eine Briefmarke. Die Arbeitslosenunterstützung sorgt schon dafür, dass man irdische Güter, die „Rost und Motten" fressen, nicht aufsammeln kann. Ueber die Grenze auf „grün" wollte er nicht gehen, also musste unser Kumpel eben auf die Erbschaft verzichten. So ergeht es einem armen Teufel in dieser gottgewollten Weltordnung, dass, wenn man einmal Pech hat, dann aber gründlich.

Man stelle sich aber einmal vor, dass zu gleicher Zeit, als man unseren „Lebenskünstler" auf Staatskosten untersucht, gerade ein Luxusauto vorbeifährt, bei dem der Zollbeamte nur stramm steht, ohne eine solche gründliche Revision vorzunehmen, wie bei unserem Arbeitslosen, der nicht nur den Vater, sondern auch noch sein „Erbteil" verloren hat. Und das zu einer Zeit, da so manche kleine „Zollvergehen" entdeckt wurden, dass sogar aus einer Fabrik der Lukasiner Umgegend eine Verhaftung wegen Zollschiebungen vorgenommen werden musste. Ist es da nicht geraten, wegen ein paar alter Hosen und eines Ueberrocks nicht so viel Aufhebens zu machen? Es liegt gewiss nicht im Sinne der Gesetzgeber, dass sie auf kleine Dinge achten lassen, aber die Zollbeamten dann gerade nur diese sehen, während grosse Sachen vorbeisausen! Man munkelt in Lukasine sehr viel auch von einem „geistlichen Herrn", der sehr oft die Grenze passiert, ohne auch einer solchen „Revision" unterzogen zu werden, wie dies unserem Arbeitslosen mit dem „Erbteil" geschehen ist. Vielleicht interessiert sich das Oberzollamt in Myslowitz ein wenig für die Vorgänge am Grenzübergang in Lukasine, vielleicht erfährt es etwas mehr, als was die Leute munkeln.

Aber schliesslich, das war ja auch nicht der Zweck unserer heutigen Ausführung. Wir wollten nur hervorheben, wie es auf dieser schönen Welt aussieht, die man als „gottgewollte' hinstellt und in der es den Reichen immer gut geht, weil sie wenig oder garnichts glauben und die, die schon nichts haben, weil sie mehr, als die anderen beten, auch noch das Wenige durch höhere Staatsordnung verlieren. Ja, die Sprichwörter haben gerade hier ihren tieferen Sinn, so auch, wenn man sagt, die Kleinen hängt man und die Grossen lässt man laufen. Und doch ist alles so schön auf dieser Welt eingerichtet, nur darf man nicht arm und auf strenge Innehaltung der Gesetze bedacht sein, denn da gehts einem nicht nur schlecht, sondern in allen Steigerungsgraden am Schlechtesten, während gerade diejenigen, die sich nicht nach Schema „F" halten, immer am besten wegkommen. Ja, selbst bei Strafen, die ihnen auferlegt werden, wenn sie einmal Pech haben.

Unser Pschower Arbeitsloser aber ist gründlich belehrt, wie es in der gottgewollten Welt aussieht. Arbeit kann er nicht bekommen, das „Erbteil" kann er sich nicht über die Grenze bringen und Güter hat er nicht ansammeln können, die Unterstützung reicht gerade, um nicht zu verhungern, aber man heisst ihn beten und arbeiten, damit er sich das Himmelreich sichert. Ja, da heisst es Pech haben, aber auch in jeder Beziehung!

Deutsches Theater Katowice

Hans Balzer: Das verzauberte Lachen

Diesesmal ist den kleinsten Theaterbesuchern wiederum viel Freude beschert worden, denn dieses Weihnachtsmärchen ist so recht dazu angetan, die kindliche Fantasie zu beschäftigen. Das Schicksal der kleinen Ingelinde, die natürlich unbedingt eine Prinzessin sein muss — wann werden einmal solche Ansichten fallen — hat den Kleinen viele frohe Momente, aber auch allerlei Kopfschmerzen bereitet, aber alles ging doch zum Schluss gut aus, und die an Dornröschen erinnernde Verzauberung löste sich in Wohlgefallen auf. Natürlich tat das Landestheater alles, um die wirklich reizende Kindergeschichte im rechten Rahmen darzubieten. Hermann Haindl hatte wahrhafte Zaubersituationen geschaffen, und Ferry Dworak brachte tänzerische Einlagen, die alle Besucher, auch die grossen, zu wahrem Entzücken hinrissen. Besonders der Tanz der Tiere und der Küchenjungen.

Von den Darstellern interessierte am meisten Elfriede Mädler als Ingelinde, die sich recht gefällig mit dieser Rolle abfand. Wolfgang Wolf und Hilde Bach trafen das vertrottelte Königspaar ausgezeichnet, desgleichen hatten Fritz Gumnior als Oberhofmeister und Ludwig Dobelmann, der Koch, die Lacher auf ihrer Seite. Lotte Ebert und Lotte Walten verstanden es, den Gegensatz zwischen den beiden Feen trefflich herauszuarbeiten. Aber Arnold Bergemann, der schmucke Peter und nachmalige Prinz, eroberte sich durch sein frisches und natürliches Wesen sofort aller Sympathien. Es würde zu weit führen, alle einzeln aufzuzählen, obwohl sie es redlich verdienten, weil alle ihre Sache ausgezeichnet machten. Aber Gerhard Konrad, als weiser Marabu und Anni Häse, der unartige Kater, sie bleiben den Kleinen unvergesslich. Deshalb gab es auch Beifall über Beifall, aber der Besuch hätte besser sein können.

Gegen die Ausschaltung der Selbstverwaltung

Aus dem Schlesischen Sejm. — Einheitsfront der Bürgerlichen bei der Vertagung der Kommunalwahlen. — Um die Anleihe beim Arbeitsfonds. — Sozialisten fordern sofortige Ausschreibung der Kommunalwahlen in Bielitz

Der Schlesische Sejm trat am vergangenen Freitag noch vor den Weinachtsfeiertagen zusammen, um eine Reihe von Projekten zu verabschieden. Es war bereits die nötige Feiertagsstimmung vorhanden und die Debatte wollte gar nicht in Fluss kommen. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung die Vertagung der Kommunalwahlen um zwei Jahre. Obgleich beim Bekanntwerden des Projekts, sowohl im Deutschen Lager, als auch in der polnischen Opposition, diese Vorlage bekämpft wurde, weil man unter allen Umständen die fälligen Kommunalwahlen durchgeführt wissen wollte, hat sich jetzt bei Beratung des Vertagungsprojektes ergeben, dass in der Administrationskommission bereits eine deutsch-polnische Einheitsfront geschaffen wurde, die auch der Vertagung sang- und klanglos zustimmte. Namens der Sozialisten rechnete Gen. Dr. Glücksmann mit dieser Tatsache ab und stellte fest, das es also bereits eine bürgerliche Einheitsfront gäbe, die Opposition praktisch verschwunden sei. Die Sozialisten lehnen aus verschiedenen Gründen das Projekt ab, erstens, weil dadurch die ganze Selbstverwaltung in Misskredit gelangt, dann aber, weil sie den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit zur kommissarischen Vertretung gäbe. Eine Angleichung der Verwaltungspraxis und eine Reform der Selbstverwaltung seien notwendig, aber man solle sie auf gesunder Grundlage durchführen. Handelt es sich zum Beispiel um die Kreisausschusswahlen, wozu der Sejm eine Wahlordinition ausgearbeitet hat, die auch angenommen wurde, so liegt sie irgendwo in der Schublade des Wojewoden und erlangt keine Gesetzeskraft, es dauert Monate, bis man überhaupt eine Antwort oder gar keine erhält, soll aber das Recht der Behörden erweitert werden, so peitscht man eine rasch durch, wie es jetzt mit der Vertagung der Kommunalwahlen geschehen ist. Wir Sozialisten, erklärt Genosse Glücksmann weiter, sind für kurze Kadenzen, damit die Wähler die Möglichkeit haben, von ihren Vertretungen Rechenschaft zu fordern. Dann beschäftigt sich der Redner mit den Zuständen in der Stadt Bielitz, wo die Gemeindevertretung aufgelöst wurde und ein Kommissar die Verwaltung übernahm. An Hand von Beispielen zeigte Genosse Glücksmann, wie man in der Praxis durch die Kommissare die Meinung der Bevölkerung täuschen kann und kommt zu dem Ergebnis, dass die Sozialisten eine solche Art der Selbstverwaltung entschieden ablehnen müssen. Einige Verbesserungsanträge zum Projekt, besonders, dass nach jeder Auflöung einer Vertretung der Kommunen innerhalb von sechs Monaten Neuwahlen ausgeschrieben werden sollen, wurde abgelehnt, nachdem namens der Wojewodschaftsbehörden Dr. Dworzanski gegen die Ausführungen des Genossen Dr. Glücksmann polemisierte. Die Vertagung der Kommunalwahlen um zwei Jahre wurde daraufhin in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der zweite Punkt betraf die Abänderung des Projekts, bezüglich der Anleihen beim Arbeitsfonds, die es dem Wojewodschaftsrat ermöglichen, neue Anleihen im Rahmen der bereits getätigten Beschlüsse durchzuführen. Hierbei ergriff Genosse Machej das Wort und erklärt, dass die Sozialisten zwar nicht gegen das Gesetz stimmen werden, aber man muss auf diese Arbeitsfonds besonders hinweisen, weil sie ein Beispiel dafür sind, wie die kapitalistische Bankrottwirtschaft sich zu erhalten versucht. Man spart Fonds auf, die den Arbeitern entzogen werden, um sie wieder der öffentlichen Arbeit zuzuweisen. Hierbei gehen aber die Besitzenden frei aus, während die Arbeiter am meisten zu diesem Fonds beitragen müssen. Ueber die Zweckmässigkeit solcher Steuerschrauben kann man geteilter Meinung sein, jedenfalls tragen sie nicht dazu bei, die Wirtschaftskrise zu beheben, im Gegenteil, sie verschärfen sie noch. Dann setzt sich Genosse Machej mit den Wirtschaftskongressen der Sanatoren auseinander und weisst nach, dass man damit die breiten Massen nur irreführt, indem man auf die Erfolge des Arbeitsfonds hinweist, welcher doch nicht von der Sanacja, sondern von den breiten Massen zusammengetragen wird. Er übt Kritik an der Verwendung des Arbeitsfonds, da seine Leistungen weit hinter den Versprechungen zurückbleiben.

Abg. Sosinski begründet dann einen Dringlichkeitsantrag, in welchem Beschwerde über den Abbau der Eisenbahner geführt wird, die aus politischen Gründen abgebaut wurden, obgleich sie hohe Verdienste um die polnische Sache haben.

Eine Reihe anderer Projekte ist im Sinne der Kommission angenommen worden, andre Anträge wiederum an die Kommissionen verwiesen worden.

In einem Dringlichkeitsantrag fordert der sozialistische Klub die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen in der Stadt Bielitz, da die kommissarische Verwaltung dort auf Grund von Vorgängen eingesetzt wurde, die nicht den objektiven Tatsachen entsprechen. Mit den Stimmen der Sanatoren wird die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt, sodass der Antrag als gewöhnliche Vorlage auf der nächsten Sitzung des Schlesischen Sejms zur Beratung kommt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft, der Sejmmarschall wünscht den Abgeordneten ein frohes Fest und schliesst die Sitzung nach etwa zweistündiger Dauer.

Die Lage der Arbeitslosen in Polen

Ständiger Rückgang der Unterstützungssätze. — Erhöhte Krankheitsziffern und Sterblichkeit. — Ende: Verbrechen und Prostitution.

Die Arbeitslosigkeit in Polen, die durch die Wirtschaftskrise und Rationalisierung der Arbeit verursacht wird, ist unabänderlich gross. Obzwar die amtlichen Statistiken von einer Verringerung der Arbeitslosenzahl berichten, geben sie doch nicht die Ursache dieses Rückganges an, die darauf beruht, dass infolge der Novellisierung des Gesetzes vom 18. Juli 1924 über Arbeitslosenversicherung eine ganze Masse arbeitslos gewordener Arbeiter sich im Staatlichen Arbeitsvermittlungsamt nicht registriert, weil sie die erforderlichen 156 Arbeitstage, diese grundsätzliche Bedingung zur Erlangung der Unterstützung aus dem Arbeitslosenfonds, nicht besitzen.

In welchem Masse das von der Sanacjamehrheit im Jahre 1932 novellisierte Gesetz über Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit die Arbeitslosen benachteiligt, geht aus einer Gegenüberstellung hervor, die zeigt, wieviele Arbeitslose zur Zeit, da das alte Gesetz noch verpflichtete Unterstützungen bezogen und wieviel jetzt, nach der Novellisierung des Gesetzes. So waren im Staatlichen Arbeitsvermittlungsamte im:

	Registrierte	Unterstützungsempf.
Oktober 1930	146 798	56 929 (38,78 %)
Oktober 1931	214 670	64 608 (30,1 %)
Oktober 1932	113 672	31 653 (27,84 %)
Oktober 1933	202.067	31.595 (15,63 %)

Wie aus der obigen Statistik hervorgeht, ist die Zahl der in diesem Jahre unterstützten Arbeitslosen im Verhältnis zu 1930 um 23,14% zurückgegangen.

Eine Folge der Novellisierung des Arbeitslosengesetzes ist auch, dass gegenwärtig von 100 Arbeitslosen kaum 15 im Staatlichen Arbeitsvermittlungsamt registriert sind.

Um ganz klar über die „Wohltaten" des „Sanierungsgesetzes" zu sehen, verlohnt es, die Höhe der Unterstützungen von einst und jetzt zu vergleichen. Im Jahre 1930 bekam ein Arbeitsloser, der eine Familie zu erhalten hatte und dessen Wochenlohn 60 Złoty betrug, 38,50 Złoty, gegenwärtig erhält derselbe Arbeitslose 18 Złoty.

Wenn man noch dazu in Betracht zieht, dass die erdrückende Mehrheit der Arbeitslosen nicht volle Arbeitswochen beschäftigt werden, so wird man verstehen, was für eine schreckliche Not unter den arbeitslosen Arbeitermassen herrscht.

Garnicht besser sieht es in diesem Jahre bei den teilweise Beschäftigten aus. In früheren Jahren bekamen Arbeiter, die nur einen, zwei oder drei Tage die Woche hindurch arbeiteten, Unterstützungen; so erhielten 1930 — 22 561 Kurzarbeiter 789 197 Zl., 1931 — 74 142 Kurzarbeiter 1 948 000 Zl., und im Jahre 1932 — 40 601 Kurzarbeiter 2 317 927 Złoty. Im Jahre 1933 aber wurden alle Gesuche um Zuteilung von Unterstützungen für Kurzarbeiter vom Minister für öffentliche Fürsorge abgelehnt.

Ein schwerer Schlag für die Arbeiter stellt die Bestimmung in dem novellisierten Gesetz über die Notwendigkeit von 156 Arbeitstagen dar. Dieser Bestimmung ist es zu verdanken, dass die Mehrzahl der entlassenen Arbeiter der Unterstützung verlustig geht. Die Regierung begründete die Novellisierung des Gesetzes damit, dass der Arbeitsfonds finanziell sich selbst genügen müsse, ohne auf Unterstützung von seiten des Staates rechnen zu können. Wie bekannt, haben die sozialistischen Abgeordneten geschlossen gegen die Novellisierung des Gesetzes gestimmt.

Die Arbeitslosigkeit ist eine soziale Not, von der die Arbeitermassen am schwersten betroffen sind. Man muss sich fragen, ob die Regierung auch im Falle einer Feuersbrunst oder eines Hochwasserunglücks den Betroffenen aus dem Staatsschatz Unterstützungen versagen würde. Bestimmt nicht, und die Arbeitslosigkeit ist doch eine der schwersten

sozialen Nöte, die die Gesellschaft plagt und obendrein noch schlimme Folgen hat, wie Erhöhung der Krankheitsziffer und Sterblichkeit, und in gewissem Masse des Verbrechertums und der Prostitution.

Es muss gesagt werden, dass das Staatsbudget nicht in allen seinen Teilen auf Sparsamkeit eingestellt ist. Wenn dies so wäre, dann würden sich auch die Gelder für die Arbeitslosenhilfe finden. Darum verlangen wir vom Staat eine ausreichende Hilfe für alle Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Angesichts der schrecklichen Not der Arbeitslosen, muss mit dem Sparen auf Kosten der Hungernden ein Ende gemacht und den Arbeitslosen tatsächlich Hilfe geboten werden.

Major Ludyga-Laskowski in Beuthen verhaftet

Der aus der Aufstandszeit bekannte Major Ludyga-Laskowski ist, wie die polnische Presse berichtet, am Sonnabend in Beuthen in einem Delikatessengeschäft mit einem Bekannten gemeinsam verhaftet worden. Ludyga-Laskowski ist von der Geheimpolizei verfolgt und nach der Verhaftung der S. S. übergeben worden, soll noch auf der Polizei sein ohne vernommen zu werden. Interventionen hiesiger Behörden sind bisher ohne Erfolg geblieben, wie es heisst soll das polnische Auswärtige Amt bei der deutschen Regierung durch den Gesandten Lipski vorstellig werden. Major Ludyga-Laskowski ist Vorsitzender des Verbandes der Reserveoffiziere, sodass anzunehmen ist, dass Spionageverdacht vorliegt.

Schadenfreude?

Zwar ist man in der Wojewodschaft gewohnt, die „Kraftworte" der „Polska Zachodnia" nicht mehr ernst zunehmen, aber man registriert sie, weil eben gute Witze immer noch ziehen, auch wenn sie aus dem Sanierungslager kommen. In letzter Zeit gefällt sich die „Polska Zachodnia" besonders darin, sorgsam zu registrieren, wie es im deutschen Lager aussieht, das sie ja bereits seit Jahren totsagt, welches aber zu ihrem Leidwesen immer eine gesunde Entwicklung zeigt, wenn auch, nach guter deutscher Art, die Kritik nicht schweigt. Gewiss hat im deutschen Lager die Hitlerei im Augenblick und zwar auch nur vorübergehend, den Geist etwas umnebelt. Die Hitlerei hat gewissen deutschen Organisationen Zulauf gewährt, der aber ebenso rasch schwindet und siehe da, hier greift die „Polska Zachodnia" ein und bemerkt, dass sie wieder einige „Deutsche" oder, sagen wir, „Polen" der Germanisation entrissen hat. So vermerkt sie, dass „wieder" einige „Mannen" aus der „Deutschen Partei" in Chwallowitz ausgetreten sind, weil sie sich überzeugt haben, dass sie irregeführt worden sind. Nun besagen uns die Namen, dass gerade diese „urdeutschen Mannen" in Chwallowitz so ziemlich alle Parteien durchgelaufen sind und sogar früher bereits im polnischen Lager waren. Sie sind nur mehr ein Schritt weiter gegangen und enden jetzt im Lager der Sanacja, wohin sie praktisch längst gehört haben. Wenn sie dort wieder so begeisterte „Patrioten" werden, wie sie es in der „Deutschen Partei" in Chwallowitz waren, so kann man der „Polska Zachodnia" nur Glück wünschen, wenn sie aber daraus den Schluss zieht, dass darum das Deutschtum an Boden verliert, so vermerken wir unsererseits, dass nichts verloren ist, denn dem was die Sanatoren im polnischen Geist unter Führung der „Polska Zachodnia" leistet, stellt sich im Deutschen Lager die „Deutsche Partei" würdig zur Seite. Es ist Geist von ihrem Geist, nur der eine auf polnisch und der andere auf deutsch. Aber das Ziel ist das gleiche, grenzenloser Nationalismus, lediglich zur Verdummung der Massen, die ihnen zeitweilig Gefolgschaft leisten.

Aus Gross-Kattowitz

Die Beihilfen aus dem Arbeitslosenfonds. — Neuregelung der Arbeitslosenkontrolle.

Das Lokalkomitee für den Arbeitsfonds in Kattowitz hielt vor Weihnachten eine besondere Sitzung ab, auf der ein kurzer Tätigkeitsbericht für den Zeitabschnitt vom 1. Juni bis zum 30. November zur Verlesung kam. Danach wurden für die 16 Volksküchen in Gross-Kattowitz Lebensmittel im Werte von etwa 40 Tausend Złoty und 350 Tonnen Kartoffeln geliefert. In den Schulen und Fürsorgeanstalten der Stadt sind Lebensmittel im Werte von 52 Tausend Złoty verabfolgt worden. Im gleichen Zeitraum erhielten die Arbeitslosen regelmässig Lebensmittel pp. im Werte von 93 Tausend Złoty und 1 865 Tonnen Kartoffeln, sowie bis Ende Oktober Bargeldunterstützungen in Höhe von 128 268 Złoty. Der Wert der unentgeltlich verabfolgten Mittagessen betrug 10 100 Złoty. Der Fürsorge unterliegen durchschnittlich 6 Tausend Arbeiterfamilien. Der Gesamtwert der erteilten Hilfe für die Berichtszeit belief sich auf 400 Tausend Złoty. Bei der Sitzung wurden gleichfalls neue Kredite für die Weiterführung der Hilfsaktion bewilligt. Das Wojewodschaftskomitee hat für die Wintersaison 130 Tausend Kaffeewürfel, 901 Tonnen Kohle, 700 Kilo Sohlenleder und 7 Tausend Złoty zum Ankauf von Kleidung und Schuhen zur Verfügung gestellt. Anlässlich der Weihnachtsfeiertage stellte das Komitee der Arbeitslosen eine doppelte Mehlration für Dezember zur Verfügung. Ausserdem wurden 11 Tausend Meter Flanell für die kinderreichen Arbeitslosen, 800 Paar Schuhe, 1 Tausend Paar Pantoffeln und 2 Tausend Paar Strümpfe für die Arbeitslosenkinder bereitgestellt. In den Volksküchen ist die Mehlportion erhöht worden. Zur Verteilung kommen auch die Kleidungsstücke, welche von der Einwohnerschaft während der Kleidersammelaktion gespendet worden sind.

Ab 1. Januar erfährt nach einer Bekanntgabe des städt. Arbeitsvermittlungsamtes am Rathaus Bogutschütz, die Kontrolle der Arbeitslosen eine Neuregelung. Es haben sich die Erwerbslosen, welche die monatliche Beihilfe erhalten, sowie diejenigen, die keine Unterstützungsempfänger sind, monatlich und zwar in nachstehender Weise in jeder zweiten Woche des jeweiligen Monats zur Kontrolle einzufinden:

Dienstag, von 8,30 bis 12 Uhr männliche Unterstützungsempfänger Buchstabe A bis G, Mittwoch, von 8,30 bis 12 Uhr Buchstabe H bis L, Donnerstag, von 8,30 Uhr bis 12 Uhr Buchstabe M bis R, Freitag, von 8,30 bis 12 Uhr Buchstabe S bis Z, Sonnabend, von 8,30 bis 10 Uhr alle weiblichen Unterstützungsempfänger.

Alle männlichen und weiblichen Unterstützungsempfänger, die eine wöchentliche Beihilfe aus dem Arbeitslosenfonds beziehen, müssen ausserdem noch an jedem Mittwoch, von 8,30 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle erscheinen. Wer ohne entschuldbaren Grund an den vorgesehenen Kontrolltagen ausbleibt, hat keinen Anspruch auf Ausstellung des Kontroll-Sichtstempel an einem anderen Tage.

Deutsche Theatergemeinde. Freitag, den 29. ds. Mts. abends 8 Uhr wird im hiesigen Stadttheater die komische Oper „Fra Diavolo" von D. F. E. Auber gespielt. Diese Aufführung findet im Abonnement B (graue Karte) statt, wobei die Abonnenten A das Vorkaufsrecht besitzen.

Dienstag, den 2. I. 34 abends 8 Uhr gelangt im Abonnement A und B die Operette „Die Männer sind mal so" von Walter Kollo zur Aufführung.

Gemeindevertretersitzung Eichenau!

Am vergangenen Mittwoch fand hier eine Gemeindevertretersitzung statt, an der mehrere Vorlagen erledigt wurden. Den staatlichen Wasserwerken wurde für die Genehmigung zur Legung einer Wasserleitung eine Gebühr von 10 Złoty auferlegt. In die Armenkommission wurde an Stelle von Frau Skowron Frau Kulakowski gewählt. Dem Kaufmann Habryka wurde die Steuer zur Erreichung einer Konzession auf 400 Złoty ermässigt. Ein Antrag des Elternrates der Volksschule II., zwecks Gewährung einer Subvention, zur Einbescherung der Schulkinder, wurde mit der Begründung, dass man für eine Schule keine Ausnahmen machen kann, abgelehnt. Die Gemeindevertretung nahm ferner zur Kenntnis, dass der zweite Wochenmarkt auf Antrag der Ortskaufleute aufgehoben wurde, da sich dieselben entschlossen haben, zu Gunsten der Arbeitslosen grössere Beiträge zu entrichten. Der zweite Markt wurde seinerzeit nur deswegen eingerichtet, weil sich die Kaufleute geweigert haben, Spenden an das Hilfskomitee zu geben. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Antrag um Anerkennung der Rechnungen für das Rechnungsjahr 1929-30. Die Rechnungen wurden durch einen Revisor des Landratsamtes geprüft. In sehr vielen Positionen wurde eine Unordnung festgestellt. Nach einer längeren Debatte wurde die Entlastung erteilt, bis auf eine Position, wo über 1000 Złoty fehlen und die Angelegenheit im Disziplinarverfahren erledigt wird. Unter „Verschiedenes" wurden verschiedene Fragen erledigt. Gemeindevertreter Raiwa verlangte Auskunft, ob man zu den Feiertagen den Arbeitslosen eine Beihilfe gewähren wird. Die Arbeitslosen erhalten Bons, im Werte einer halbmonatlichen Unterstützung. Die Ortsarmen dagegen wurden an den katholischen Vinzensverein verwiesen, welcher von der Gemeinde Mittel erhalten hat. Ferner verlangte derselbe Gemeindevertreter eine bessere Betreuung der Säuglinge und Mütter durch die Fürsorge. Man soll auch nach einem Jahre an kranke Kinder Milch verabfolgen. Nach einem Klagelied der Gemeindevertreterin Kulagowska über die unhöfliche Abweisung durch den Gemeindeschöffen Meinka, konnte Gemeindevorsteher Hauke die ruhigverlaufene Sitzung schliessen.

Königshütte und Umgebung

Kampf dem Marxismus!

Es gibt Geister, die nicht rasten wollen. Und da ihr Anhang sehr bescheiden ist, der Klatsch also nicht an Raum gewinnt, so fühlen sich diese Geister bemüssigt, ihren Wirkungskreis auszudehnen. Bei der geistigen Verwirrung unserer Zeit hat die Hitlerei auch einige sogenannte „Gewerkschaftler" ergriffen, und sie möchten so gern auch Kommissare und Bevollmächtigte spielen. Wie gesagt, ihre Mitgliedschaft haben sie mit der Hitlerei schon so herabgewirtschaftet, dass sie nun ein anderes Betätigungsfeld suchen müssen. Da glauben sie, wäre der Ortsausschuss der geeignete Platz hierfür. Und da sie sonst nichts als „Korruptionen" aufzutischen haben, so möchten sie gern auch mit neuen Kanonen auffahren und greifend so zum Kampf gegen den Marxismus. Affen gleich und an Ideen sehr arm, reden sie ihre Standpauke, dass es auch an der Zeit sei, in Polnisch-Schlesien mit dem Marxismus Schluss zu machen. Das ist begreiflich, dass gewisse Rosenkranzbrüder und Kaninchenzüchter ein neues Betätigungsfeld entdeckt haben, aber trotzdem noch tätig in Klassenkampfgewerkschaften sind, nicht um der Gewerkschaftsidee wegen, sondern um der Unterstützung willen. Nun müssten doch diese Antimarxisten bekennen, dass es die Marxisten waren, die die Unterstützungen eingeführt und sie auch politisch durchgesetzt haben, während doch die Antimarxisten alles Heil vom Himmel und erst nach dem Tode erwarten. Wie ist nun solches „Heldentum" zu bewerten, Unterstützung von den Marxisten, aber zugleich Kampf dem Marxismus? Ja, ja, ein Esel leistet manchmal auch ganz erbauliche Sachen! Wir unsererseits möchten den Antimarxisten nur den guten Rat geben, sich ruhig um ihre Korruptionen zu kümmern, sollte es ihnen nach einem Kampf mit uns Marxisten gelüsten, dann werden wir in diese Hitlerei so gründlich hineinleuchten, dass diesen Hitlerjüngern jede weitere Lust zum Antimarxismus vergehen wird. Und die Hitlerjünger können versichert sein, dass es nicht bei Worten bleiben wird.

Siemianowitz und Umgebung

Um die Herabsetzung des Lichtstrompreises.

In einer der letzten Sitzungen wurde vom Magistrat Siemianowitz eine Kommission gewählt, welche ein Projekt über den neuen Stromlieferungsvertrag mit der elektrischen Centrale Ficinus ausarbeiten soll. Dieser Kommission gehören an: Bürgermeister Popek, Stadtbaumeister Heidrich, die Stadtverordneten Drejza, Fuchs, Szyrba, Krajuszek und Halaczek. Die Stadt will beim neuen Vertrag, welcher am 1. Juli 1934 in Kraft treten wird, bedeutende Ersparnisse in der Strassenbeleuchtung machen. Des weiteren soll die Kommission auch günstigere Bedingungen für den privaten Stromverbrauch ausarbeiten. Zunächst soll die Kontrolle über das Leitungsnetz und die Lampenversorgung in städtische Regie genommen werden.

Beim privaten Stromverbrauch handelt es sich hauptsächlich darum, dass die hohe Zählermiete von 2 Złoty pro Monat abgeschafft wird. Ohne Rücksicht darauf, dass der Zähler schon längst überzahlt ist, zieht die Centrale diese Miete ohne Ende ein, trotzdem andere Elektrizitätswerke bei gar keiner oder nur minimalen Zählermiete existieren können. Die elektrische Centrale lässt sich ausserdem auch noch für Stromanschlüsse, Ein- und Ausbau von Zählern und für jeden Handgriff horrende Summen bezahlen.

Es wäre darum wünschenswert, wenn diese Kommission in diesem Falle auch ganze Arbeit macht und auch wirklich eine fühlbare Strompreisherabsetzung herbeiführt.

Keine Turnusurlauber in den nächsten Monaten. Die gute Konjunktur im Bergbau hat es bewirkt, dass auf den Gruben Richterschächte und Maxgrube im Januar nächsten Jahres keine Arbeiter in Turnusurlaub geschickt werden, und es ist zu hoffen, dass auch in den kommenden Monaten die gleiche günstige Lage weiter bestehen bleibt. Damit sinkt die Arbeitslosenzahl vorübergehend um 900 Personen. Trotz dieser günstigen Lage werden aber die Kündigungen der Angestellten weiter aufrecht erhalten.

Nach dem Fest der Liebe. Unsere Arbeitslosen kamen doch noch zu einer kleinen Weihnachtsfreude, indem ihnen vor dem Feste Bons auf Lebensmittel von der Stadt zugewiesen wurden. Es erhielten Ledige einen Wert von 6 Złoty, Verheiratete 8 Złoty und für jedes Kind 2 Złoty. Ebenso wurden in der Arbeitslosenküche am 23. d. M. an jede zum Empfang von Mittagessen berechtigte Person 1 Pfund Wurst zur Verteilung gebracht. Die Grube und Hütte spendete gleichfalls für ihre bedürftigen Arbeitslosen eine Kleinigkeit und die Arbeiter erhielten einen Weihnachtsvorschuss, in Höhe von 10 Prozent des Lohnes.

Herausgeber: Deutsche Sozialistische Arbeiterpartei in Polen, Bezirk Oberschlesien. Katowice, Dworcowa 11. — Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt und Inserate verantwortlich Theodor Raiwa beide in Katowice, Dworcowa 11
Druck: „Drukarnia, Ludowa", Spółdz. z odp udz., Katowice